



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/1397521554465/Wenn-Konzerne-ihre-Grundrechte-einfordern

Community Newsletter Mobil Radio Zeitung Über uns Sales anmelden Wetter Wien

**derStandard.at** > Wirtschaft > Welthandel

International Inland Wirtschaft Web Sport Panorama Etat Kultur Wissenschaft Gesundheit Bildung Reisen Lifestyle Familie  
Unternehmen Finanzen & Börse Geld ATX Indizes Aktien Fonds Währungen Rohstoffe Zinsen Watchlist & Portfolio

## Wenn Konzerne ihre Grundrechte einfordern

24. April 2014, 17:42

**Österreichs teilstaatliche Unternehmen rufen besonders gern Schiedsgerichte zu Hilfe**

Ist es moralisch legitim, wenn Privatkonzerne Länder vor internationale Schiedsgerichte zeren, weil ihnen ein Gesetz oder eine staatliche Maßnahme nicht passt? Die heftigsten Auseinandersetzungen um das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA drehen sich um diese Frage. Wegen Protesten gegen die Sonderklagerrechte, die im Vertrag vorgesehen sind, sah sich die EU-Kommission im Februar sogar gezwungen, die diesbezüglichen Gespräche mit Washington auszusetzen.

**EVN**

Aber haben die Kritiker, in Österreich etwa die Arbeiterkammer oder Attac, recht, wenn sie argumentieren, mit den Sonderklagen liefern sich Staaten unnötig einer im Dunkeln operierenden Gerichtsbarkeit aus, die Konzerne bevorzugt? Die Fälle, die vor den internationalen Schiedsgerichten bisher verhandelt wurden, erwecken an dieser Darstellung Zweifel. Oft reichen Konzerne die umstrittenen Klagen nur als letztes Mittel ein, wenn alle anderen Versuche gescheitert sind.

Gut zeigen lässt sich das am Fall Siag gegen Ägypten. Der italienische Unternehmer Waguih George Siag hatte 1989 ein großes Grundstück auf dem Sinai an der Rotmeerküste erworben. Er wollte dort ein Hotelresort errichten.

**Geplatzte Deals**

Nach dem Beginn der Bauarbeiten holte er einen israelischen Kreditgeber dazu. Die Tourismusbehörde in Kairo schritt ein und drohte dem Unternehmer wegen unpatriotischen Verhaltens mit Enteignung. Siag trennte sich von dem Kreditgeber. Doch das half nicht mehr: Der Staat enteignete ihn 1996. Der Unternehmer wehrt sich, und zwar vor staatlichen Gerichten. Er gewann zwei Prozesse, doch der Staat ignorierte die Entscheidungen und behielt sich das Hotel. Erst vor dem Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) setzte er eine Entschädigung durch.

Problematisch ist auch, dass Kritiker der Schiedsgerichte diese oft wegen noch anhängiger Fälle kritisieren, sagen Juristen. Einige der Klagen klingen tatsächlich skurril, so etwa, dass Philip Morris Uruguay wegen zu strikter Raucherschutzbestimmungen klagt. Doch eine Klage ist noch kein Entscheid. Vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind über 190.000 Klagen gegen Staaten anhängig. 95 Prozent werden abgewiesen, auch hier sind teils absurde Rechtsfälle dabei. "Doch niemand kommt auf die Idee, die Abschaffung des Gerichtes zu fordern", sagt der Jurist Christoph Schreuer.

Interessant ist schließlich, dass nicht immer nur, wie behauptet wird, private Investoren Kläger sind - auch Staaten nutzen Schiedsgerichte. International diskutiert wird derzeit die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vatenfall gegen Deutschland wegen des geplanten Atomausstiegs. Wenig Beachtung gefunden hat bisher, dass Vatenfall dem schwedischen Staat gehört.

In Österreich sind es sogar zu einem großen Teil, wenn nicht mehrheitlich, Unternehmen mit großer staatlicher Beteiligung, die sich an Schiedsgerichte wenden: Die **EVN** (gehört mehrheitlich dem Land Niederösterreich) klagt derzeit Bulgarien wegen Streitigkeiten um die Vergütung für

**FREIHANDEL**  
**Kommt ein Chlornhuhn geflogen**  
Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA weckt in Österreich Ängste

**FREIHANDELSABKOMMEN**  
**TTIP: Faymann gegen Sonderklagsrechte** [54]  
 Bundeskanzler: "Derzeit keine Notwendigkeit für Schlichtungsstelle" - Spindellegger legt sich nicht fest

**TTIP-DISKUSSION**  
**Trojanisches Pferd gegen den Freihandel** [204]  
Schiedsverfahren könnte man doch im Internet streamen, schlug ein Anwalt bei einer Diskussion vor. An der Skepsis von NGOs änderte das nichts

**Wenn Konzerne ihre Grundrechte einfordern**

**TTIP**  
**Freihandelsabkommen: Deutsche skeptisch** [88]  
 Eine neue Umfrage zeigt das Misstrauen, das die deutsche Bevölkerung gegen das Freihandelsabkommen mit den USA hegt

**SCHIEDSGERICHTE**  
**Jurist: "Früher führte das zu Krieg"** [469]  
 Immer öfter verklagen Konzerne Staaten vor internationalen Schiedsgerichten. Einer der Richter in diesen Verfahren ist der Österreicher Christoph Schreuer

**ÖKONOM IM CHAT**  
**"Nicht blind EU-Kommission vertrauen"** [31]  
Das geplante Abkommen zwischen EU und USA wirft zahlreiche Fragen auf, Ökonom Harald Fadinger gab Antworten

**VERHANDLUNGEN**  
**Freihandel gegen den Bedeutungsschwund** [764]  
 Das Abkommen soll die Rolle der EU in der Weltwirtschaft zementieren. Die Krise gibt den Befürwortern des Abkommens plötzlich Auftrieb

**VERTRÄGE**  
**Warum Freihandel zum Wahlkampfhit werden könnte** [24]

**HANDELSVERTRÄGE**  
**US-Widerstand gegen den Freihandel** [23]  
Gewerkschaften übten erfolgreich Druck auf Demokraten aus

**TTIP**  
**Freihandel: Streit um Investorenschutz** [2]  
Hearing zum Freihandelsabkommen TTIP beginnt

**FREIHANDEL**  
**Parteien zwischen Lust und Frust** [20]  
 Während die einen das Chlornhuhn schon in Österreichs Küchen sehen, mahnen die anderen zur Gelassenheit

**OBAMA**  
**"Standards bleiben"** [31]  
US-Präsident will keine schwächeren Gesetze unterzeichnen

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://derstandard.at/1397521554465/Wenn-Konzerne-ihre-Grundrechte-einfordern

erneuerbare Energien. Wegen einer plötzlichen Pflicht zur Steuernachzahlung hatte die EVN auch Mazedonien vor den ICSID gezerrt. Ebenfalls aktiv waren Austrian Airlines (vor der Privatisierung in einem Fall gegen die Slowakei) und die Casinos Austria (an denen die Nationalbank eine 33-prozentige Beteiligung hält) im Rahmen einer Klage gegen Serbien. (szi, DER STANDARD, 25.4.2014)

Aktuelles Wetter in Kairo



Feedback  

[derStandard.at auf Facebook](#)

[Wirtschaft Newsletter abonnieren](#)

Posten Sie als Erste(r) Ihre Meinung

Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (**siehe ausführliche Forenregeln**), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

© derStandard.at GmbH 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

[Impressum & Offenlegung](#)  
[Datenschutzrichtlinie](#)

[derStandard.at](#) · [dieStandard.at](#) · [daStandard.at](#) · [derStandardDigital.at](#) · [FINDEN.at](#) · [AUTOGOTT.AT](#)